



Foto: A. Sologubov

„Kaliningrad – unsere Heimat“: Reklame für die Wodkamarke Flagman

Kaliningrad – eine europäische Pilotregion?

Die Perspektive der Friedens- und Konfliktforschung

Die Kaliningrader Region (Oblast) im Nordosten Europas zwischen Polen und Litauen gelegen, zählt heute knapp eine Millionen Einwohner, ist flächenmäßig nicht größer als Schleswig-Holstein oder Nordirland und gehört politisch zu Russland. Nach der Erweiterung der Europäischen Union treffen hier wie nirgends sonst westeuropäische und russische Interessen unmittelbar aufeinander. Die Friedens- und Konfliktforschung analysiert daher das Konfliktpotential im Kaliningrader Gebiet und fragt danach, wie es gelingen kann, die vorhandenen Spannungen zu kanalisieren und in produktive Bahnen zu lenken. Worin besteht das Problem, warum ist seine Lösung so schwierig und was lässt sich aus dem tatsächlichen Verlauf der europäischen Kaliningrad-Politik über die Bedingungen einer Politik der Konfliktprävention lernen? Diese drei Fragen werden am Institut für Politikwissenschaft der Universität Gießen zusammen mit dem Schleswig-Holsteinischen Institut für Friedenswissenschaften an der Universität Kiel in einem von der Berghof-Stiftung für Konfliktforschung geförderten Forschungsprojekt „Pilotregion Kaliningrad? Prozessbegleitende Präventionsforschung“ untersucht.

Von Hanne-Margret Birckenbach

Kaliningrad, die Hauptstadt des Kaliningrader Gebietes, hieß bis 1946 Königsberg, und viele Deutsche können nicht davon lassen, sie auch weiterhin so zu nennen. Für die einen geht es um einen verlorenen Traum oder die Erinnerung an erfahrenes Unrecht, anderen ist die deutsche Vergangenheit Anlass zu vielfältigem und umfassendem humanitärem Engagement. Das wohl anrührendste Buch zum historischen Hintergrund solch vielschichtiger Aufmerksamkeit hat Michael Wieck verfasst, der als Junge mit ansehen musste, wie seine Tante von den Nazis zur Vernichtung abtransportiert wurde, der als junger Erwachsener die grausam in die Länge gezogene Schlacht um Königsberg und das anschließende brutale Wüten der russischen Armee überlebte und dem es schließlich gelang, sich die notwendigen Papiere für eine Ausreise nach Deutschland zu besorgen. Es trägt den Titel „Zeugnis vom Untergang Königsbergs. Ein Geltungsjude berichtet“.

Für die Friedens- und Konfliktforschung ist das Kaliningrader Gebiet jedoch aus anderem Grund interessant. Denn hier ist ein interner Konflikt um die Machtteilung innerhalb der Russischen Föderation und ein potentieller Sezessionskonflikt entstanden. Er ist nicht ethnisch, sondern ökonomisch und politisch bedingt. Seine Entwicklung wird begünstigt, weil das Kaliningrader Gebiet keine direkte Landverbindung mehr zum Mutterland hat und – insbesondere nach dem Beitritt Polens und Litauens zur Europäischen Union – als Exklave von einem externen Umfeld umgeben ist, dessen politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Dynamik die russische Innenpolitik in Zugzwang bringt, sich auf westeuropäische Normen einzustellen.

Deutsche Diplomaten weisen zwar darauf hin, dass kein Staat offen territoriale Ansprüche auf das Kaliningrader Gebiet erhebt. Das weiß man auch in Russland, aber die Aussage trifft nicht das russische Problem, sondern weicht ihm aus. Denn in Moskau

fürchtet man nicht, dass andere Staaten Kaliningrad haben wollen, sondern eine Erosion von innen. Das Kernproblem für Russland ergibt sich aus der Exklavelage in einer Umwelt, die mit Fördermitteln der Europäischen Union üppig ausgestattet wurde und entsprechend prosperiert. Dieser Entwicklungsschub und seine Ursachen können nicht ohne Wirkung auf die Kaliningrader Bevölkerung bleiben. Aus nachvollziehbaren Gründen erscheint vielen Kaliningradern – insbesondere denen, die dort geboren sind – eine Distanzierung oder gar Loslösung von Russland attraktiver als ein Verbleib in der Föderation. Das ist der Hintergrund für die Sorge, die Kaliningrader Bevölkerung könne sich der Russischen Föderation entfremden und Russland könne die Kontrolle über das Gebiet verlieren.

Man muss diese Sorge nicht teilen. Es gibt Gründe dafür und solche, die dagegen sprechen. Aber selbst wenn man eine solche Entwicklung für unwahrscheinlich hält, ist das innerrussische Problem nicht aus der Welt. Es existiert, man kann es nicht „wegreden“. Kaliningrad ist ein Faktor in der

russischen Innenpolitik. Die Sorge um den Verbleib der Exklave in der Russischen Föderation bestimmt, welche europäisierenden Reformen im russischen Föderalismus möglich sind und welche nicht. Nur vor diesem Hintergrund erschließt sich die russische Kaliningrad-Politik mit ihren Widersprüchen zwischen Öffnung und Abgrenzung, europäischer Orientierung und Isolationismus.

Das Interesse an der Einheit Russlands

Fragt man nach den grundlegenden und legitimen Interessen an Kaliningrad, die zu missachten sich keine russische Regierung leisten kann, so ist es die Einheit Russlands. Die innere Erosion zu stoppen ist eine innerstaatliche Aufgabe. Sie geht externe Akteure, sei es die EU, sei es Deutschland, Polen, Litauen oder Schweden nach internationalem Recht zumindest nichts an, solange in der Kaliningrader Oblast keine schweren Menschenrechtsverletzungen geschehen. Von solchen Verletzungen kann zum Glück nicht die Rede sein. Der Grundsatz der Nichteinmischung



Erinnerung an das Ende des Zweiten Weltkrieges: „Ehre und Ruhm“, „Starkes Russland, einheitliches Russland“.

Foto: A. Sologubov



„Wir sind russische Bürger“



„Wir haben gesiegt!“

Fotos: A. Sologubov

in innerstaatliche Verhältnisse gerät jedoch unter den Bedingungen einer rasant wachsenden Verflechtung in Europa (und Russland gehört politisch zu Europa) unter Druck. Im konkreten Fall führt die Tendenz zur grenzüberschreitenden Verflechtung von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft dazu, dass selbst ein mächtiger und ressourcenreicher Staat wie Russland seine innenpolitische Probleme nicht mehr im Alleingang wird lösen können. Russland ist auf die Kooperation seiner europäischen Nachbarn angewiesen. Die aufgeklärteren Fraktionen um den russischen Präsidenten wissen das. Aber Abhängigkeiten zu akzeptieren und diese in der Politikkonzeption zu beachten ist für eine Großmacht ungleich schwerer als für einen Klein-

staat. So ist in Russland innenpolitisch weiterhin umstritten, wie weit sich das Land dieser Entwicklung beugen muss und soll. Ein solcher Schritt wird von vielen Russen als Verrat interpretiert und zum Gegenstand von innenpolitischen Kämpfen zwischen den diversen eher westorientierten und eher eurasisch orientierten Fraktionen, die nicht nur in Moskau, sondern auch vor Ort in der Kaliningrader Oblast miteinander um Macht und Einfluss ringen.

Seit 1999 hat Russland in seiner Außenpolitik mehrfach zu verstehen gegeben, dass es die mit der EU-Osterweiterung unübersehbar gewordenen Probleme für die Oblast mit der Europäischen Union partnerschaftlich und kooperativ lösen möchte. Russland strebt an, ein Abkommen mit der EU zu schließen, das die langfristige Zugehör-

igkeit Kaliningrads zu Russland bestätigt. Es möchte im Rahmen der institutionalisierten Kooperation zwischen der EU und Russland eine Arbeitsgruppe einrichten, die von ihrer Zusammensetzung her geeignet ist, spezifische auf Kaliningrad bezogene Fragen effektiv zu behandeln. Ferner hat es vorgeschlagen, die Oblast Kaliningrad zu einer europäischen Pilotregion zu entwickeln und anzustreben, mit der Lösung der Probleme, die in und mit Kaliningrad aufgetreten sind, einen innovativen Beitrag zur Verbesserung der Beziehungen zwischen der Russischen Föderation (RF), der Europäischen Union und in Europa insgesamt zu leisten. Gelänge es, einen Funken davon wahr werden zu lassen, würden die pro-europäischen Kräfte in der RF gestärkt. Hat Putin mit dieser Politik keinen Erfolg,

Foto: Hanne-Margret Birckenbach



Ortsbestimmung von Kaliningrad Stadt: 1208 km nach Moskau, 625 km nach Berlin, 2130 km nach Rom.



muss man damit rechnen, dass der Annäherung an den Europagedanken eine Abgrenzung folgen wird. Daher wird die Einhegung der Sezessionsbestrebungen im Rahmen einer pro-europäischen Politik zu einem Testfall nicht nur für Russland, sondern auch für die gesamteuropäischen Beziehungen, und niemand kann wollen, dass dieser Test negativ ausgeht.

Für die Europäische Union ein Störfaktor

Was eigentlich kann es Besseres geben, als dass Russland die Lösung seiner inneren Probleme in Kooperation mit den europäischen Nachbarländern zu betreiben versucht? Auf einen solchen Schritt war die Europäische Union jedoch 1999 weder mental noch institutionell vorbereitet. Er kam überraschend und bis heute – also im Laufe von sieben Jahren – wurde keiner der drei genannten russischen Vorschläge aufgegriffen. So bedauerlich diese Reaktionsarmut ist, so hat sie doch ebenfalls nachvollziehbare und auch legitime

Gründe. Die EU setzt andere Prioritäten in ihrer Russlandpolitik (Energie-Wirtschaftspolitik), in ihrer Außenpolitik (militärgestütztes Krisenmanagement) und in ihrer Innenpolitik (vollständige Integration der Beitrittsländer, Öffnung der Binnen- und Schließung der Außengrenzen, Einschwörung der Mitgliedschaft auf eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik). Für ein pro-aktives Handeln in einem nur potentiellen, aber noch nicht akuten inner-russischen Sezessionskonflikt unterhalb der Gewaltschwelle ist die EU in ihren außenpolitischen Kapazitäten institutionell nicht ausgerüstet. So sieht sie in dem Versuch Russlands, die Kaliningrad-Frage zu europäisieren, keine Chance, sondern einen Störfaktor, der die – übrigens von beiden Seiten beklagte – Ineffektivität der EU-Russland-Beziehungen auf anderen, als wichtiger betrachteten Gebieten wie den Kampf gegen den Terrorismus oder die Nahost-Politik nur noch vergrößert.

Gleichwohl hat kein anderer externer Akteur die Entwicklung des Kaliningrader Gebietes so stark mitbestimmt wie

die Europäische Union, und kein anderer ist mit so hohen Erwartungen aus dem Gebiet konfrontiert worden, die Geschehnisse Kaliningrads zum Positiven zu wenden. Die Europäische Union hat jedoch solche Erwartungen enttäuscht und wohl auch nicht erfüllen können. Nur widerstrebend hat sie eine Kaliningrad-Politik entwickelt, die sich in der Projektförderung im Rahmen der so genannten „Nördlichen Dimension“ der EU erschöpft, also regionalpolitisch begrenzt ist und daher eben die inner-russischen Kämpfe um Föderalisierung und Zentralisierung nicht ausreichend berücksichtigen kann.

Als es im Sommer 2002 zu einer dramatischen Konfrontation zwischen Russland und der EU über die Einführung von Visa im Personentransit kam, war die EU am Ende dann doch immerhin flexibel genug, um mit Russland und den im Erweiterungsprozess befindlichen Mitgliedern einen Kompromiss auszuhandeln. Ähnlich gelang 2004 eine krisengetriebene Einigung in weiteren Detailfragen wie dem Warentransit. Zwei Eskalationsprozesse wur-



„Organisiere Ehe mit Deutschem.“



Kaliningrad – eine „russische Stadt“.



Kaliningrader feiern den 750. Geburtstag ihrer Stadt.

den also überstanden. Beide führten die EU aber nicht zu einer Neuorientierung ihrer Kaliningrad-Politik. Die Entwicklung in der Oblast wurde erneut zur Nebensache, bis – so lässt sich prognostizieren – die EU abermals gezwungen werden wird zu reagieren, weil Kaliningrad in den Brennpunkt einer Krise gerückt wird. Ob eine Deeskalation ein weiteres Mal gelingt, ist keineswegs sicher.

Identitäts- und wirtschaftspolitische Maßnahmen Russlands

Russland hat unabhängig von der EU eigene Maßnahmen getroffen, um die russische Zugehörigkeit der Region zu festigen. Sie zielen erstens darauf, russischer Identität durch Betonung russisch-nationaler Traditionen, Werte und Symbole zu festigen. Der markanteste Ausdruck ist der Bau einer mächtigen russisch-orthodoxen Kathedrale im Zentrum der Hauptstadt gegenüber dem Rathaus. Sie ist nach der Christus-Erlöser-Kathedrale in Moskau die

zweitgrößte Kirche Russland. Ihre goldenen Kuppeln geben dem Stadtbild ein neues Gesicht, drängen den sowjetischen Charakter der wiederaufgebauten Stadt zurück und lassen russische Tradition nun erstmals in einer Region aufleuchten, in der die orthodoxe Kirche bislang nie Fuß gefasst hatte. Gleichzeitig ist die deutsche Geschichte des Gebietes bemerkenswert offen in das russisch-nationale Bild von Kaliningrad integriert worden. Dies ist – ebenso wie die Umbenennung der Kaliningrader Staatlichen Universität nach Immanuel Kant – ein Zeichen für die Öffnung der russischen Kultur nach Westen und ein Zugeständnis an die Kaliningrader Intelligenz.

Zweitens bemüht man sich darum, den Austausch mit dem russischen Hauptland zu intensivieren. Dazu dienen Ferienlager und Rundreisen für Kaliningrader Kinder ins russische Kernland, aber auch der Ausbau von Kaliningrad als innerrussische Ferienregion. Die Exklave erscheint nun auf der allrussischen Wetterkarte des staat-

lichen Fernsehens, auf der sie lange Zeit als zu abgelegen ignoriert wurde. In der Infrastrukturpolitik einschließlich Telekommunikation und Energieversorgung wird noch um Wege gerungen, die Oblast mit den russischen Netzen möglichst unabhängig vom Transit durch Nachbarländer zu verbinden.

Drittens verspricht die russische Regierung, das Wohlfahrtsniveau der Oblast bis zum Jahr 2010 auf das Niveau der baltischen Nachbarn oder gar des EU-Durchschnitts anzuheben. Ein neues Gesetz über die Sonderwirtschaftszone Kaliningrad macht mit Steuervergünstigungen und anderen Privilegien Investitionen in erster Linie für russisches Kapital, nicht für ausländisches Kapital interessant.

Ungleichheit als Kernproblem

Statt eines Zusammenwachsens von Ost- und Westeuropa beobachten wir folglich eine Verfestigung der Teilungslinien aufgrund der Unfähigkeit der EU und Russlands, eine gemeinsame Politik zu entwerfen. Noch wirbt Russland für eine engere Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland in Kaliningrad. Dieses Werben blieb bislang unbeantwortet, und manche fürchten, Russland könne von einer vergleichsweise Europa-freundlichen Außenpolitik Abstand nehmen. Was macht die Zusammenarbeit in Kaliningrad so schwierig?

Jeder Versuch einer Problemlösung wird allein deshalb zu einer hoch komplexen Herausforderung, weil nicht nur auf der russischen Seite diverse regionale und föderale Akteure im Spiel sind, sondern auch zahlreiche externe Akteure, die keinesfalls homogen agieren. Neben der Europäischen Union sind es vor allem die direkten Nachbarn Polen und Litauen – aber auch Schweden an der Gegenküste und andere wie Deutschland, Finnland oder Frankreich, daneben der Europarat und der Ostseerat sowie die angelagerten Akteure der Ostseekooperation und im Hintergrund – wemgleich kaum sicht-



Die Kathedrale mit der Baustelle für die geplante Siegessäule im April 2006.



Wie Bernsteinschmuck für Touristinnen entsteht. Arbeiterinnen einer Kooperative in Jantarni.

bar – auch die USA. Sie alle betreiben ihre von eigenen Interessen geleitete Kaliningrad-Politik. Diese Interessen sind nur schwerlich miteinander vereinbar und asymmetrisch strukturiert. Ungleichheiten gibt es auf ganz unterschiedlichen Ebenen.

• *Ungleich sind die politischen Systeme:*

Wenn zwischen Russland und der EU gemeinsame Entscheidungen getroffen werden sollen, müssen diese in und zwischen drei sehr verschiedenen politischen Systemtypen ausgehandelt und koordiniert werden. Im politischen System Russland, im politischen System der EU und in den in sich diversen politischen Systemen der EU-Mitgliedsstaaten kommen Entscheidungen auf unterschiedliche Weise zu Stande, und oft wissen diejenigen, die auf der einen Seite entscheiden, nicht, an wen sie sich auf der anderen Seite wenden müssen, um die Entscheidung vorbereitend abzustimmen.

• *Ungleich sind die Machtpotentiale der Akteure und damit verbundene Anerkennungsprobleme:*

In Kaliningrad treffen mit Russland ein sehr großer, mit Polen ein mittlerer und mit Litauen ein kleiner Staat aufeinander. Keineswegs ist aber eindeutig, bei wem jeweils welche Stärken und Schwächen liegen. Litauen verlangt von Russland Verhandlungen auf gleicher Augenhöhe, Russland sieht sich eher auf gleicher Ebene mit der EU; diese interpretiert die Partnerschaft mit Russland jedoch eher als Patenschaft, in der sie vorgeben kann, welche Art von Regieren gut oder schlecht zu nennen ist.

• *Ungleich sind die sozialen Lebensbedingungen und deren Interpretationen:*

Die Kaliningrader vergleichen ihre Lebensbedingungen mit denen in Polen und Litauen und nicht mit denen im inländischen Sibirien oder in Archangelsk. So wächst ihr Empfinden, unfair behandelt, gar um Entfaltungschancen betrogen worden zu sein, und sie erwarten Kompensationen. Das alles ist nichts typisch Russisches, nirgendwo in der Welt wäre das anders. Aber aus der Perspektive der Bevölkerung in anderen russischen Regionen werden solche Erwartungen keineswegs für gerechtfertigt gehalten – und interessanterweise auch nicht von allen Westeuropäern, wenn sie die Oblast besuchen. Reist etwa ein schwedischer EU-Beamter durch die Kaliningrader Oblast, sieht er eine verkommene Landwirtschaft, verfallene Dörfer und eine ihm unerträgliche Diskrepanz zwischen Arm und Reich. Wenn dagegen ein griechischer EU-Beamter durch die Oblast reist, wird er sich fragen, warum die Europäische Union sich hier eigentlich materiell engagieren soll, da es doch auch in seiner Heimat Regionen gibt, in denen die Lage keineswegs freundlicher aussieht.

• *Ungleich sind auch kulturelle Wahrnehmungsweisen:*

Russische Geschäftsleute mag eine Wirtschaftskultur nicht stören, in der es kaum möglich ist, eine Woche im Voraus einen Termin oder gar eine Tagesordnung zu verabreden. Deutsche Geschäftsleute dagegen brauchen einen Terminkalender und Transparenz hinsichtlich dessen, was sie erwartet. Ungleich ist auch das ästhetische Empfinden. Wer aus der proper rekonstruierten Altstadt von Vilnius nach Kalinin-

grad reist, dem mag die russische Architektur als Beweis dafür herhalten, wie „uneuropäisch“ Russland ist. Dem russischen Neuankömmling aus Samara dagegen, verschlägt es angesichts des europäischen Flairs der Stadt Kaliningrad die Sprache, so fremd erscheint ihm die Bauweise, das Verkehrsverhalten oder auch die Reklame mit den Bezügen auf die deutsche Geschichte des Gebietes und häufig benutztem lateinischen Alphabet.

• *Ungleich sind die materiellen und psychologischen Auswirkungen der jüngsten Geschichte:*

In Litauen ist man stolz darauf, 1990 die Unabhängigkeit wieder erlangt zu haben. Aber man kann nicht erwarten, dass dieses Ereignis in Russland ebenso begeistert gesehen wird. Denn in Russland gilt die Unabhängigkeit der baltischen Staaten als ein Verlust.

• *Ungleich sind schließlich die Interessen an Kaliningrad und der Grad der Abhängigkeit:*

Für Russland geht es eben nicht nur um einen eisfreien Hafen, um den Erholungswert der Nehrung, um kurze

Wege zu atlantischen Fischgründen und um ein Symbol des Sieges im Zweiten Weltkrieg, sondern in erster Linie um die Einheit der Föderation. Für Litauen dagegen geht es um ein Gebiet, dem man sich historisch verbunden weiß und das man als Opfer des russischen Zentralstaates betrachtet. Vor allem artikuliert man die Sorge, die litauische Souveränität könne von Russland nicht ernst genommen werden, zumal Litauen in einer Sandwich-Position zwischen zwei Grenzen Russlands liegt und sich somit von Russland nicht viel anders umzingelt wähnt als Kaliningrad von der EU. So kann es nicht wundern, wenn Litauer lieber mit den Vertretern einer kleinen, möglichst autonomen Gebietseinheit verhandeln und ins Geschäft kommen möchten als mit Moskau. Aus Sicht der Kaliningrader kann die Lage nicht ungleicher sein. Niemand außerhalb Russlands – auch Litauen nicht – braucht Kooperationsbeziehungen mit der Kaliningrader Oblast, aber Kaliningrad ist auf die Kooperationswilligkeit und -fähigkeit aller anderen angewiesen.

Bei einer so vielschichtigen Struktur der Ungleichheit verdichten sich nach aller Erfahrung die sich mehrfach einander überlagernden Spannungen zu einem Konfliktsyndrom. Im Fall Kaliningrads ist dies zudem hochgradig emotional aufgeladen und daher nur schwer zu kontrollieren. Politiker handeln nicht immer geschickt, gelegentliche Nadelstiche und unglückliche Formulierungen werden mit System fehlinterpretiert, nähren Unzufriedenheit und wechselseitige Frustration. Auf allen Seiten fehlt „Empathie“, also die Klugheit und Bereitschaft, die eigenen Worte mit den Ohren der anderen Seite zu hören, und die Fähigkeit, auf konstruktiv gemeinte Vorschläge der anderen Seite konstruktiv einzugehen. Hinzu kommt, dass diejenigen, die im Fall Kaliningrads eine Kooperation zwischen verschiedenen, aber miteinander verbundenen Welten zustandebringen müssen, nicht besonders darin geübt sind, ihre Interessen und Bedürfnisse auf einander abzustimmen.

In Russland versteht man die Funktionsweise des politischen Systems der Europäischen Union noch kaum; auch EU-Bürgerinnen und -Bürger haben damit Schwierigkeiten. Umgekehrt ist die Russlandpolitik für die EU ebenfalls ein vergleichsweise ungeübtes Feld, und unter den EU-Mitgliedsstaaten gibt es konkurrierende Ansätze. Finnland zum Beispiel sieht sich als Russlandexperte, aber Litauen und Polen beanspruchen, über Russland besser Bescheid zu wissen – zumindest als die Deutschen, von denen sie meinen, dass sie die EU regieren und der Verführung einer deutsch-russischen Achse erliegen könnten.

Vor dem Hintergrund dieser Konstellation erscheint es fast wie ein Wunder, dass die Lage in Kaliningrad und die innerrussischen Beziehungen nicht schlechter sind, als sie sind, und dass der Reisende sogar den Eindruck gewinnen kann, dass sich Vieles zum Besseren wendet. Kaliningrad boomt derzeit, aber die Grundlage dieses Aufschwungs ist nicht wirtschaftlich, sondern politisch produziert. Russland zahlt einen



Hanne-Margret Birckenbach

Jean-Monnet-Professur
Institut für Politikwissenschaft
Karl-Glückner-Straße 21, Haus E
35394 Gießen
Telefon: 0641/99-23112
E-Mail: Hanne-Margret.Birckenbach@sowi.uni-giessen.de

Hanne-Margret Birckenbach, Jahrgang 1948, hat seit Oktober 2001 am Institut für Politikwissenschaft der Universität Gießen den Jean-Monnet-Chair für Europa-Studien inne mit dem Schwerpunkt „European Political Integration“ und den Gebieten European Governance, Integration und Komparatistik der subnationalen Ebene, Politische Soziologie, Partizipation und demokratische Praxisformen in Europa. Weitere Arbeitsgebiete sind Friedens- und Konfliktforschung, Ost- und Nordosteuropa sowie Internationale Organisationen. Prof. Birckenbach ist Vorsitzende der Jury des Christiane-Rajewsky-Preises der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) und Gründungsmitglied der Association of International Experts on the Development of the Kaliningrad Region (Aike). Veröffentlichung zu Kaliningrad: *The Kaliningrad Challenge. Options and Recommendations*, Münster: Lit, 2003 (= Kieler Schriften zur Friedenswissenschaft, 10); 298 pp. (Hrsg., mit Christian Wellmann)



„Das Herz der Stadt – eine Geschichte über Jahrhunderte“. Die Enttabuisierung deutscher Geschichte zur 750-Jahrfeier der Stadt.

hohen Preis, ohne dass sich die Zusammenarbeit mit Europa verbessert.

Annäherungen wagen

Gegenwärtig zeichnet sich nicht ab, dass die EU in absehbarer Zeit die russischen Vorschläge, ein Kaliningrad-Abkommen abzuschließen oder eine Pilotregion zu entwickeln, aufgreifen wird. Zu sehr sind die EU-Russland-Gespräche mit anderen Kontroversen, sei es im Bereich der Energiepolitik, sei es im Bereich der Sicherheitspolitik überladen, und zu groß sind die Differenzen innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten über die Ausgestaltung der Russlandpolitik. Nicht ausgeschlossen werden kann jedoch, dass die Hoffnung erfüllt wird, bei den Neuverhandlungen des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens könne ein Durchbruch erzielt und in der Folge jedenfalls ein Arbeitsgremium zu Kaliningrad-Fragen eingerichtet werden. Finnland hat im Juli 2006 die EU-Präsidentschaft übernommen und wird versuchen, die EU-Politik der so genannten „Nördliche

Dimension“ neu und vielleicht auch für Kaliningrad angemessener zu beleben. Deutschland, das im Januar 2007 die Präsidentschaft übernimmt, wird versuchen, sowohl in Moskau wie auch in Kaliningrad weiterhin ein verlässlicher Partner zu sein. Denn der Wechsel der Kanzlerschaft von Gerhard Schröder zu Angela Merkel hat an der deutschen Russlandpolitik nichts grundlegend geändert. Das gilt auch für die deutsche Kaliningrad-Politik. Deren Ziel ist es erstens zu vermeiden, dass Kaliningrad zu einem Problem für die deutsche Politik wird, und zweitens Russland mit den besonderen Mitteln der deutschen Außenpolitik (also unter Nutzung des Engagements der Länder und der Zivilgesellschaft) durch eine Mischung von Zurückhaltung und Engagement zu unterstützen.

Aber den deutschen Einflusschancen sind in allen Fragen, die mit Kaliningrad zusammenhängen, in der EU enge Grenzen gesetzt durch ein tiefes Misstrauen gegenüber deutschen Interessen an Kaliningrad einerseits und den Unmut über die Entwicklung der deutsch-

russischen Beziehungen andererseits. Dieser Unmut artikuliert sich lautstark in Litauen und Polen, wird aber auch von anderen EU-Mitgliedern geteilt und gehegt. Nach den bisherigen Erkenntnissen über die Kaliningrad-Politik Deutschlands ist dieser Unmut nicht sachlich begründet, aber eine kluge Politik wird ihn nicht länger ignorieren, sondern nach Korrekturmöglichkeiten suchen. Dies freilich hieße, die Aversionen bei den EU-Mitgliedsstaaten gegen Russland und gegen jede Politik, die sich nicht russlandkritisch oder vielleicht sogar anti-russisch profiliert, zum Thema zu machen und möglichst zu überwinden. Ohne dass im Rahmen der deutsch-russischen Beziehungen eine Initiative ergriffen wird, die eine europäische Debatte über die Bedingungen der Geltungskraft europäischer Werte, Normen und Standards und die Voraussetzungen einer gewollten Integration Russlands in die europäischen Strukturen entfacht, wird die deutsche Kaliningrad-Politik nicht aus der Falle herauskommen, das Richtige zu wollen, aber nicht voranbringen zu können.



Die Kathedrale von Kaliningrad im Juli 2005 vom Rathaus aus gesehen.



Kant und Kalinin, Foto und Kollage von A. Popandin und K. Barysher, 2005

Erfahrungen und Lehren

Zahlreiche Untersuchungen der Friedens- und Konfliktforschung haben die These begründet, dass es leichter, kostengünstiger, effektiver und vor allem humaner sein müsse, der frühzeitigen Entfesselung von Konflikten entgegenzuwirken als nach einer Eskalation den entstandenen Schaden zu beseitigen, sofern dies überhaupt möglich ist. Daraus ist das Interesse entstanden, mehr darüber zu wissen, wie Konfliktvorbeugung möglich ist. Es gibt einige ermutigende Erfolgsgeschichten, aber ihre Erforschung hat erst vor etwa fünfzehn Jahren, also am Ende des Ost-West-Konfliktes, begonnen. Während man vor zehn Jahren noch glauben konnte, Kaliningrad sei ein geradezu idealer Ort, um Ost und West und Nord in guter Absicht mit dem Ziel der Konfliktvorbeugung zusammenzuführen, wenn man in Russland und in der EU dies nur wirklich wollte, wissen wir heute, dass eine solche Erwartung naiv war, weil sie wesentliche Einflussfaktoren, vor allem die strukturelle Ungleichheit nicht ausreichend beachtet hat. Gleichfalls hat sich die Prognose nicht erfüllt, nach dem glücklich überstandenen Ost-West-Konflikt werde die Einsicht und das politische Interesse an einer vorausschauenden und sich selbst stabilisierenden europäischen Friedens-

politik kontinuierlich wachsen. Auch in Europa bereiten sich die Staaten weiterhin darauf vor, Konflikteskalationen am Ende mit Gewalt zu begegnen und Kriege führen zu können. Jedoch das Interesse an frühzeitiger Konfliktprävention ist den sicherheitspolitischen Institutionen bisher noch nicht eingeschrieben.

Schließlich haben wir die Kraft der Argumente von Expertinnen und Experten und ihres Diskurses überschätzt. Als Goldene Regel der Forschung gilt: Man soll sich nicht zuviel Wirkungsmacht einbilden. Wissenschaft und Politik gehorchen unterschiedlichen Logiken, der direkte Zugang zur Machtpolitik ist der Friedens- und Konfliktforschung in der Regel verwehrt. Nur dann, wenn Politik sich für neue Perspektiven öffnet, weil die alten hinderlich geworden sind, steigen die Chancen dafür, dass wissenschaftlich begründete Argumente auch zählen. In einer solchen Phase sind wir in Europa gegenwärtig nicht. Wenn kritische Politikberatung gelingt, ist das immer auch sehr viel Glück. Das heißt nicht, dass die Erforschung der Bedingungen von Konfliktprävention im konkreten Fall nutzlos ist. Sie trägt dazu bei, die Transparenz zu erhöhen, den Dialog homöopathisch und subkutan zu fördern, Ideen und Interpretationen zu entwickeln, Diskursen eine Struktur zu ge-

ben oder Frustration zu ertragen und Gespräche wieder aufzunehmen, wo sie abgebrochen werden. Eine solche Forschung kann auch die Sensibilität für die Problemlagen unter denjenigen erhöhen, die als Berater von Beratern immerhin indirekt Politik beraten. Unmittelbar messbar sind die Erfolge nicht. Eine solche Forschung muss auf weltbürgerliche Praxis vertrauen. Die besteht, wie es Immanuel Kant, der heute zumindest als Ikone voll im Stadtbild Kaliningrads lebt, unübertroffen in seiner kleinen Schrift „Zum ewigen Frieden“ dargelegt hat darin, „sich zur Gesellschaft anzubieten“.